

**Engagement und Soziale Demokratie –
Anmerkungen zum Wahlprogramm der SPD 2009**

„Anpacken. Für Deutschland“! Wenn man von der sprachlichen Schlichtheit absieht, könnte dieser Slogan aus der Überschrift des SPD-Wahlprogramms ein Signal in Richtung Bürgergesellschaft sein. Denn was bedeutet bürgerschaftliches Engagement anderes als Anpacken für das Gemeinwesen? Bei der Partei, die die Idee von sozialer Demokratie als ihren Daseinsgrund im Namen trägt, lohnt es sich besonders, genauer hinzusehen und zu prüfen, wie ernst es tatsächlich gemeint ist mit der Einladung zum gemeinsamen Anpacken.

Zunächst fällt auf, dass im Wahlprogramm der SPD der Bezug zur Bürgergesellschaft als einer Kategorie des Politischen stärker ausgeprägt ist als Grundsatzprogramm von 2007. Was dort relativ vage und unbestimmt bleibt, bekommt im Wahlprogramm konkretere Züge: Die Einsicht, dass demokratische Politik heute nur noch mit mehr Beteiligung und Partizipation zu machen ist. Und so ist das Programm als „Angebot an die gesamte Gesellschaft“ (S. 3) adressiert. Auf der Basis von Fairness und Solidarität soll Deutschland „gerechter und menschlicher“ (ebd.) werden.

Nun ist die moderne Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Wirtschaft ja bekanntlich keine harmonische Veranstaltung, sondern ein auf Dauer gestellter Konkurrenzkampf, der ein unauflösbares Spannungsverhältnis zur demokratischen Verfasstheit des Gemeinwesens begründet. Während es in der Wirtschaft um Gewinnmaximierung, Verdrängung und Übernahme geht, ist (sozial-)demokratische Politik um gerechte Verteilung, Teilhabe und Ausgleich bemüht. Insofern sind Bekundungen wie die obenstehende per se problematisch. Wer behauptet, seine Politik richte sich gleichermaßen an alle und sei eine Einladung zum gemeinsamen Anpacken, der wirft über die objektiv bestehenden gesellschaftlichen Verwerfungen und Widersprüche einen sanften Schleier. Durch diesen Schleier hindurch erkennt man nur noch Toleranz, Fairness, Teilhabe und Ausgleich, nicht aber die tägliche Not von Millionen Menschen in unserem Land, die ohne Aufstiegs- und Gewinnchancen im sozialen Abseits stehen. Eine „neue Gemeinsamkeit“ (8, 41) wird angesichts dieser Lage nicht

mit Appellen an freiwillige Initiativen der Wirtschaft, sondern nur mit einer handfesten (und konfliktreichen) Politik des sozialen Ausgleichs zu erreichen sein. „Menschen aus dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Abseits“ (41) holen, wie es an einer Stelle heißt, ginge eben nur mit einer neuen Politik der sozialen Gerechtigkeit, die den Streit um Umverteilung nicht scheut. Die Bürgergesellschaft leidet *auch* an den materiellen Verwerfungen in der Gesellschaft. Und es ist eine Binsenweisheit der Engagementforschung, dass soziale Not nicht Solidarität und Engagement, sondern Isolierung und Ausgrenzung produziert. Insofern sind alle Versuche, die Bürgergesellschaft als Kategorie der demokratischen Gesellschaft zu stärken, letztlich nur plausibel, wenn *zugleich* damit eine konsequente Politik des sozialen Ausgleichs verbunden ist.

Sieht man von dieser durch die Regierungsjahre immer größer gewordene Schwäche der „Staatspartei SPD“ ab, die gesellschaftlichen Grundkonflikte nicht mehr klar zu benennen, dann trägt das Wahlprogramm engagementpolitisch durchaus positive Züge. Denn es enthält eine klare Position zu einer solidarischen Bürgergesellschaft, die nicht als Ausfallbürgin für einen schwachen oder klammen Staat herhalten soll. Das Funktionsgesetz der solidarischen Bürgergesellschaft lautet, dass bürgerschaftliches Engagement, Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein nur da stark sein können, wo auch der Staat sozial stark ist. Bürgergesellschaft und staatliches Handeln sind komplementäre Größen. Sie ergänzen und stärken einander. Das ist ein klarer Unterschied zum Konzept einer liberalen Bürgergesellschaft, das von dem Gedanken getragen wird, dass der Staat sich überall dort, wo die Bürgergesellschaft stark ist, zurückziehen könne – ein kapitaler Irrglaube, der nach Jahren der Deregulierung und Entstaatlichung mit allen negativen Folgen für das Gemeinwesen als gescheitert betrachtet werden muss! „Das Ehrenamt darf nicht Lückenbüßer für fehlende staatliche Ressourcen sein und werden“ (44). Damit bekennt sich die SPD eindeutig zur solidarischen Bürgergesellschaft.

Die engagementpolitische Richtung stimmt also im Wahlprogramm der Sozialdemokratie. Eine Reihe von Vorschlägen und Maximen zieht sich wie ein engagementpolitischer roter Faden durch das gesamte Manifest. Interessant ist dabei vor allem die Einsicht, dass der Sozialstaat auf „organisierte Solidarität“ (41) angewiesen ist. Der häufig beklagte Etatismus der SPD ist damit zumindest programmatisch überwunden: Ohne das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Verbänden, Stiftungen, Freiwilligendiensten, Selbsthilfegruppen und Initiativen kann auch der stärkste Sozialstaat nicht funktionieren. Was Freiwilligendienste und Engagierte vor Ort in den Kommunen leisten, kann (und sollte!) keine staatliche Bürokratie organisieren. Daher heißt es im Wahlprogramm der SPD, dass der „Ausbau einer solidarischen Bürger-

gesellschaft durch den Ausbau von Infrastruktur und Rahmenbedingungen“ (ebd.) gefördert werden soll.

Der Ausbau dieser Rahmenbedingungen wird an vielen Stellen des Wahlprogramms markiert und im Sinne des „Querschnittsthemas“ Bürgergesellschaft auch hinreichend weit interpretiert. Da geht es um Arbeitnehmerrechte, betriebliche Mitbestimmung und ein Bekenntnis zu starken Gewerkschaften (22). Da geht es um die demokratische Hochschule und universitäre Demokratie (30). Da geht es um Jugendfreiwilligendienste (40), Toleranz und kulturellen Pluralismus (41), Zuwanderung und Integration (9, 41), um Kirchen, Religionsgemeinschaften und Sport (45). Die Belange alter Menschen werden ebenso thematisiert wie die Bedeutung starker Kommunen und der sozialen Stadt (45f.).

Wie ernst es der SPD letztlich mit ihrem *demokratiepolitischen* Bezug zur Bürgergesellschaft ist, das wird sich noch zeigen müssen. Bürgerschaftliches Engagement ist ein demokratiepolitisches Thema, das unbedingt aus der Ecke der Sonntagsrede herausgeführt werden muss, wenn das Engagement tatsächlich der gesellschaftlichen Integration dienen soll. Im Wahlprogramm wird jedenfalls vielversprechend auf die berühmte Losung „Mehr Demokratie wagen!“ von Willy Brandt verwiesen (55). Sie erinnert an die Grundwerte der Verfassung, die als inklusives Gebot der Freiheit für alle Menschen interpretiert wird. „Mehr Demokratie wagen“ würde dann konsequenterweise bedeuten, Macht und Regelungskompetenzen abzugeben und überall dort, wo Menschen das können und wollen, eigene Entscheidungen und Selbstbestimmung zuzulassen. Dass dies für die „amtliche“ Politik der Parteien und ihre Politik in den Parlamenten erhebliche Konsequenzen hätte – Öffnung für neue Themen und Positionen, Einbeziehung bürgerschaftlicher Organisationen in Entscheidungsprozesse, andere Verfahren der Kandidatenaufstellung, alternative Engagementformen *in* den Parteien –, ist in der SPD bislang erst vage angedacht und taucht dementsprechend auch nicht im Wahlprogramm auf.

Man kann also sagen: Letztlich bleibt der Zusammenhang von Bürgergesellschaft und Demokratie im SPD-Wahlprogramm unterbelichtet. Echte Beteiligung engagierter Bürgerinnen und Bürger und ihrer Organisationen ist nur da vorgesehen, wo die etablierten Wirkungs- und Machtkreisläufe nicht berührt werden. Dabei ist das Bedürfnis nach Teilhabe an politischen Entscheidungen über den bloßen Wahlakt hinaus mittlerweile sehr stark ausgeprägt. Wer anpackt, will auch mitbestimmen, so einfach könnte das in fünf Wörtern klingen!

Was also im Wahlprogramm noch fehlt, ist ein tiefgreifendes Bewusstsein von der Notwendigkeit einer neuen politischen Verantwortungsteilung. Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft müssen ihr Verhältnis zueinander neu austarieren, um die Gesellschaft von der bürokratischen und ökonomischen Überformung durch Staat und Wirtschaft zu befreien. Staat und Wirtschaft sind für die Gesellschaft da – nicht umgekehrt. Wenn die SPD sich in diese Richtung aufmachen würde, dann hieße das einerseits, dass man über neue Beteiligungsinstrumente politische Macht tatsächlich mit der organisierten Bürgergesellschaft teilen müsste. Es hieße aber auch andererseits, dass die Sozialdemokratie als gesellschaftspolitische Größe wieder viel stärker ernst genommen würde.

Eine solche Politik für die Bürgergesellschaft würde dann auch einen anderen Umgang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise nach sich ziehen. Das bisherige Krisenmanagement der sozialdemokratischen Minister und Funktionsträger verlangt große Anerkennung. Doch eine erweiterte Perspektive bezüglich einer neu definierten gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen geht daraus noch nicht hervor. Dabei läge gerade hier eine große Chance. Wenn es richtig ist, dass vor allen große Wirtschaftsunternehmen in den letzten 20 Jahren ihrer gesellschaftlichen Verantwortung *nicht* nachgekommen sind, dann wäre die Krise der Moment, diese Verantwortung konsequent einzufordern. Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie, Bürgerbewegungen und Verbraucherrechte sind keine Überreste aus der Mottenkiste des Sozialismus, sondern hochaktuelle Themen. Es hätte der SPD gut gestanden, wenn sie diese Bestandteile ihrer Programmatik viel deutlicher als Teile einer Politik der Bürgergesellschaft hervorgehoben hätte. Auf diese Weise wären die guten engagementpolitischen Ansätze des Wahlprogramms viel deutlicher geworden.

Fazit: Ein engagementpolitisches Rahmenprogramm für die deutsche Sozialdemokratie steht noch aus. Aber der Weg dahin ist mit dem Programm für die kommende Bundestagswahl eingeschlagen worden, und das ist keine schlechte Nachricht.

Serge Embacher, Dr. phil., geb. 1965, ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Michael Bürsch MdB (SPD).

Kontakt: SergeEmbacher@t-online.de

Die Kraft von Freiheit und Innovation: Ehrenamt und/oder Aktive Bürgergesellschaft?

Bundeskanzlerin Merkel hat 2005 das Bündnis von Union und SPD die „Koalition der neuen Möglichkeiten“ genannt. Darin beschlossen war, das Ehrenamt zu stärken (Regierungserklärung November 2005). In der Tat hat die große Koalition Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gefördert, die Rahmenbedingungen verbessert und ausreichend Spielraum für das Engagement in den unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft gelassen. Der Koalitionsvertrag wurde im Großen und Ganzen abgearbeitet. Durch den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ hat die Engagementförderung zudem deutlich an Gewicht gewonnen. Der ordnungspolitische Rahmen wurde durch das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements verbessert: Reformen im Gemeinnützigkeitsrecht, bei Stiftungen und Spendenabzugsfähigkeit, Verbesserungen im Versicherungsschutz insbesondere im Unfallversicherungsschutz, steuerrechtliche Hilfen durch Erhöhung der Übungsleiterpauschale, der Einführung der kleinen Übungsleiterpauschale für Vorstände, die Haftungsbegrenzung und die Anhebung der Vereinsfreigrenzen – all diese Hilfen für Helfer waren kleine, aber wichtige Schritte auf dem großen Reformweg der „neuen Möglichkeiten“. Hinzu kommen die Neugestaltungen der Freiwilligendienste im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich oder als Generationen übergreifende Engagementformen.

Die Anstöße der damaligen Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages sind also in der Großen Koalition durchaus auf fruchtbaren Boden gefallen – auch wenn man im Einzelnen natürlich weitere Verbesserungen ins Auge fassen kann und muss. Fortsetzung folgt – gilt dies auch für eine neue Regierung unter Unionsführung, egal in welcher Koalition und Farbenlehre sie schließlich Gestalt gewinnt? Erklärter Wille von CDU/CSU ist, den Reformweg der letzten Jahre weitergehen zu wollen.

Seit jeher hat die Union das Thema des ehrenamtlichen Engagements in besonderer Weise gefördert. Das personale Menschenbild, das freiheitliche Wertefunda-

ment und die Prinzipien von Subsidiarität und Nachhaltigkeit haben dafür in den unterschiedlichen Phasen der sechzigjährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine gute Grundlage gebildet. Wie sieht dies im neuen Regierungsprogramm 2009 – 2013 von CDU und CSU aus, betitelt mit „Wir haben die Kraft – Gemeinsam für unser Land“?

Eingefordert wird „notwendiges Verantwortungsbewusstsein für unser Land“. Will man gestärkt aus der aktuellen Krise hervorgehen, muss man „in Deutschlands Stärken investieren“. Dazu gehören zehn Schwerpunkte, die in sechs Zukunftsprojekten konkrete Gestalt annehmen sollen. Neben Umwelttechnologien, Modellregion Elektroauto, neuen Werkstoffen, mehr Wertschätzung für Dienste am Menschen und bessere Gesundheitsforschung wird als Zukunftsprojekt Förderung und Ausbau des Ehrenamtes genannt. Damit verankert die Union das freiwillige Engagement an prominenter Stelle und dokumentiert so weiterhin dessen hohen Stellenwert. Dabei will sie über „eine neue gesellschaftliche Initiative diejenigen, die helfen, und diejenigen, die Hilfe brauchen, zusammenführen“ – was das Werben um mehr Freiwillige impliziert. Dazu gehören „zukunftsweisende Anreize“, zum Beispiel die Einrichtung von „Ehrenamtsbörsen“, die Förderung von „Freiwilligenagenturen“, die Weiterentwicklung der „Ehrenamts-card“ und die „Anerkennung von Freiwilligenjahren in den Berufsbiografien – sowie traditionell der Abbau von Bürokratie und die Stärkung der öffentlichen Würdigungen (Ehrenamtskultur). Wie sich das im Einzelnen konkretisieren und umsetzen lässt – gerade im Sinne des vielfach geforderten Aufbaus einer gesellschaftlichen Struktur des freiwilligen Engagements, müsste der nächste Koalitionsvertrag zeigen. Auf jeden Fall ist positiv heraus zu heben, dass das Ehrenamt gefördert, mit dem „Zukunftsprojekt Ehrenamt“ auch (zumindest exemplarisch) herausgehoben Unterstützung zugesagt und mit einer neuen Engagementinitiative Helfende und Hilfesuchende zusammengebracht werden soll(en).

Im ausführlichen Teil des „Regierungsprogramm“ der Union ist der „Ermutigung zur aktiven Bürgergesellschaft“ ein eigenes Kapitel gewidmet. Ehrenamtliches Engagement und bürgerschaftlicher Einsatz wird hier zu Recht als Bereicherung unserer Gesellschaft verstanden. Besondere Hoffnung weckt der Satz: „Wir wollen eine neue Partnerschaft von Bürgern und staatlichen Institutionen nach dem Konzept der `aktiven Bürgergesellschaft´. Wir wollen eine neue Balance zwischen Eigen- und Gemeinwohl herbeiführen“. Hier wird der Ansatzpunkt deutlich, um den es jetzt und künftig eigentlich gehen müsste: die Erweiterung des Ehrenamtes zum bürgerschaftlichen, freiwilligen Engagement sowie die Ausweitung auf eine gesamtgesellschaftliche Struktur und Haltung, die ein neues, zeitadäquates Arrangement von Staat, Markt und Bürgergesellschaft ermöglicht. In diesem Sinn werden alte und neue Engagementformen zu einer neuen Art von Gesellschaftspolitik zusammengeführt. Lei-

der wird dieser Ansatz nur beschworen, jedoch nicht weiter ausgeführt. Stattdessen werden im Folgenden – nach Würdigung der christlichen Kirchen und christlicher Motivlagen im Bereich der diakonischen und karitativen Dienste im Bereich Bildung, Gesundheitswesen Pflege etc – vor allem die traditionellen ehrenamtlichen Kräfte benannt: der Einsatz bei Feuerwehr, Rettungsdiensten, Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk. Dazu wird der Einsatz in Verbänden und Vereinen, in der Kultur, bei Freiwilligendiensten und dann besonders des Sports (vom Spitzensport über Breitensport bis hin zum Behindertensport) in besonderem Maße gewürdigt. Das wirkt so wie die berühmte Echternacher Springprozession – drei Schritte zuvor, zwei zurück. Statt darauf einzugehen, wie der lang diskutierte Wandel im Ehrenamt bewältigt und die Erschließung des sozialen Kapitals – also des sozialen Reichtums der Gesellschaft – vorangebracht werden kann, wird vor allem auf traditionelle Ehrenamtsformen verwiesen. So wird nicht die Konzeption einer zeitgemäßen aktiven Bürgergesellschaft mit ihren engagementfördernden Strukturen „ermutigt“, sondern eher traditionelles Engagement mit traditioneller Motivation. Das ist angesichts bestehender wie künftiger Aufgaben zu wenig. Dafür müssten bürgerschaftliche Potentiale durch explizite Förderung erschlossen werden. Sie brach liegen zu lassen und dadurch zu verschleudern wäre wie in dem biblischen Gleichnis, wo der Sohn sein vom Vater geerbtes Geld (Talente) vergräbt und so nicht fruchtbar macht, während die anderen Söhne die Talente aktiv vermehren.

Die Entwicklung einer engagementfördernden aktiven Bürgergesellschaft bedeutet dabei keine Abwertung des traditionellen Ehrenamts. Denn natürlich – und das muss der Union zugute gehalten werden – braucht die Gesellschaft die Leistung der ehrenamtlich Engagierten, sei es im Bereich sozialer Dienste, sei es im Bereich der präventiven Gefahrenabwehr und Hilfe, sei es im Sportverein. Dieser Einsatz ist durchaus vorbildlich, erfahrungsbildend und trägt zur Identitätsstiftung bei. Aber das reicht nicht aus, zumal angesichts der Erosion der traditionellen großen sozialmoralischen Milieus, des Wertewandels, einer zunehmenden Individualisierung und weitergehender Selbstbestimmung auch im Bereich der Eigen- und Mitverantwortung. Heute gilt es, nicht nur neue Motivationen, neue Engagementformen und neue Arten zivilgesellschaftlicher Organisation zu erschließen und mit einzubeziehen. Ebenso wichtig ist die Frage nach der Vision einer aktiven Bürgergesellschaft, die neue Wege in vielen neuen Kombinationen von freiwilliger Tätigkeit jeden Alters und jeden Berufs eröffnet. Grundfrage ist: Wie müssen die neuen sozialen Arrangements aussehen, die die Freiheiten und Fähigkeiten der Menschen nicht lahm legen, sondern aktivieren? Wo sind hier die Denker und Vordenker der Union?

Der Bundespräsident hat Deutschland das „Land der Ideen“ genannt. In der Tat: Es gilt, statt des Weiter so traditioneller Ehrenamtspolitik in diesem Bereich jetzt mehr

Ideen zu wagen und auszuprobieren. Man kann neue Entwicklungen einleiten, ohne Bewährtes aufzugeben. Das hat die Familienpolitik der letzten Jahre exemplarisch gezeigt. Angesichts der vielfältigen nationalen, europäischen und globalen Zukunftsprobleme gilt es, ein umfassendes bürgerschaftliches Engagement zu fördern, es miteinander zu vernetzen und die Engagementressourcen unserer Gesellschaft wie ein Schatz zu Tage zu fördern. Dieser umfassendere Ansatz wirkt den Fliehkräften unserer Gesellschaft entgegen und trägt über die verschiedenen Formen freiwilligen Einsatzes in den unterschiedlichen Sektoren zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ebenso bei wie zur Freisetzung von mehr Kreativität bei der Lösung unserer Probleme. Große Herausforderungen, das zeigt die Erfahrung, werden besser gemeistert, wenn die Menschen teilhaben und eigene Initiative entfalten können.

Auch im bürgerschaftlichen Engagement gibt es ein Fordern und Fördern. Bürger wollen zum Einsatz aufgefordert werden, aber sie brauchen dazu auch fördernde Rahmenbedingungen. Der Staat soll das Engagement weder ersticken noch ersetzen, er soll soviel freiwilliges Engagement wie möglich fördern (auch wenn es politisch manchmal unbequem ist), und er soll die Spielregeln garantieren. In dieser Perspektive kann man enorm von den Bundesländern und ihren die Bürgeraktivitäten vielfältig fördernden Programmen lernen - Föderalismus einmal positiv. Das gilt auch für den Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen im Sinne des freiwilligen Engagements (Corporate Citizenship CC und Corporate Social Responsibility CSR). Zu diesen zukunftsweisenden Ansätzen findet man leider gar nichts im „Regierungsprogramm“.

Eine Hauptaufgabe für die Union, zart angedeutet im „Regierungsprogramm“, liegt in der Erarbeitung einer Gesamtstrategie des bürgerschaftlichen Engagements. Mit der geplanten Zwischenbericht zur CSR-Strategie einerseits und dem nationalen Zwischenbericht zum bürgerschaftlichen Engagement andererseits liegen interessante Ansätze vor. Not tut die Wiederentdeckung der Gesellschaftspolitik – allerdings unter den Bedingungen der Zweiten Moderne. Diese verbindet bürgerschaftliche Orientierung und Engagement im sozialen Mikrokosmos mit politischen Gesellschaftsstrategien, die auf mehr Engagement und Teilhabe, auf Selbstbestimmung und solidarisches Miteinander zielen. Interessanterweise findet sich dazu doch eine Aussage – versteckt bei den Passagen über Ältere. Da geht es um generationenübergreifendes Engagement, Aktivierung der Älteren, Schaffung ehrenamtlicher Netzwerke zur Familienunterstützung, den Aufbau von Freiwilligenagenturen und Freiwilligendiensten aller Generationen, Vernetzungen lokaler mit überregionalen Strukturen, kurz: um neue Engagementpolitik als Gesellschaftspolitik. Im BMFSFJ wird anscheinend mit vorgedacht, praktisch erprobt und gefördert, was später verallgemeinert Geist und

Struktur einer umfassenden aktiven Bürgergesellschaft sein könnte. Die „neuen Möglichkeiten“ für das Land, für die Gestaltungskraft der Union – hier sind sie.

Fazit: Das Regierungsprogramm der Union bietet traditionelle Ehrenamtspolitik, aber auch weiterführende gute Ansätze – zu wenig ausgeführt, aber mit viel Potential zur Weiterentwicklung in Hinblick auf eine aktive Bürgergesellschaft. Frau von der Leyen, übernehmen Sie!

Bernward Baule ist Leiter des Referats „Politische Grundsatzfragen“ im Landwirtschafts- und Verbraucherschutzministerium.

Kontakt: Bernward.Baule@bmelv.bund.de

Viel Output mit wenig Input? Zur Rolle von bürgerschaftlichem Engagement im Bundestagswahlprogramm 2009 von Bündnis 90/ Die Grünen

Das Programm von Bündnis 90/ Die Grünen fordert und verspricht viel – nämlich einen „neuen Gesellschaftsvertrag“; dieser „verbindet ökologische Fairness und eine Politik der Teilhabe und der sozialen Sicherheit, die allen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht und ihnen neue Chancen der Entfaltung gibt. Der neue Gesellschaftsvertrag will mehr Demokratie und weniger Lobbyismus und er bezieht dabei alle ein, die Verantwortung tragen: Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, Verbände und die Bürgergesellschaft“ (S. 14). Das alles klingt viel versprechend. Insbesondere für diejenigen, die im BBE engagiert sind, stellt sich die Frage, wie diese Einbeziehung der Bürgergesellschaft aussehen soll.

Im Programm ist nach dem gerade zitierten fulminanten Eingangsstatement aber eigentlich von der Bürgergesellschaft kaum mehr die Rede. Der gesamte Programmansatz bezieht sich in erster Linie auf den einzelnen Bürger und die Bürgerin. Und insoweit die angesprochen werden, geht es in erster Linie um die Verteidigung, Bekräftigung und Ausweitung von Bürgerrechten. Das dritte der vierzehn Kapitel handelt von der Stärkung sozialer Bürgerrechte, im darauf folgenden Kapitel geht es um soziale Rechte im Bildungsbereich, bei Kindern und alten Menschen und im sechsten Kapitel um Verbraucherrechte. Neben diesem breiten Panorama sozialer Rechte, von der Grundsicherung bis hin zu Minderheitenrechten, kommen auch die beiden anderen Dimensionen der klassischen Trias von Bürgerrechten nicht zu kurz - die persönlichen Rechte des Schutzes gegenüber staatlichen Eingriffen (u.a.: *„Meine Daten gehören mir“*) und die politisch-demokratischen Rechte (Kapitel 9: *„Parteien öffnen“*, *„direkte Demokratie stärken“*, *„Partizipation in Schule und Hochschule“*, *„Mitbestimmung in Arbeit und Wirtschaft“*).

Im Fokus des Programms: Mehr Rechte für den einzelnen Bürger, nicht aber die Bürgergesellschaft.

Das Problem bei den das Programm strukturierenden Schutzforderungen und Freiraumversprechen für den einzelnen Bürger ist, dass im Vergleich zu den entsprechenden ausführlichen Forderungen zweierlei eher an den Rand tritt: Aussagen zur Vielfalt der Bürgergruppen (Vereine, Projekte, NGOs etc.) und ihrer Rolle bei der

Stärkung von Bürgerrechten, und zur Rolle der einzelnen Bürger als engagierter Aktivbürger. Daran ändert auch das auf den Seiten 162/63 des Programms konzentrierte Loblied wenig, das dort dem bürgerschaftlichen Engagement gesungen wird.

Wenn man nämlich die einzelnen Programmkapitel mit ihren Problembeschreibungen und Forderungen für Politikbereiche wie Soziales, Bildung, Verbraucherpolitik, Kultur und Hilfen in Kindheit und Alter durchgeht, dann ist dort zu den vielfältigen Beiträgen, Möglichkeiten und Grenzen des aktiven und gemeinschaftlichen Beitrags von Bürgerinnen und Bürgern wenig zu finden. In jedem Bereich gibt es einen ausführlichen Katalog materieller, sozialer oder auch finanzieller Forderungen und für die dort jeweils maßgeblichen Institutionen verspricht man, die Rechte der Beteiligten zu stärken: *„In Schulen etwa, in denen wir Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern mehr Mitbestimmungsrechte geben wollen. Oder im Gesundheitssystem, in dem wir eine konsequente Patientenorientierung einführen wollen...Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Pflegebedarf brauchen mehr Souveränität und mehr Gestaltungsmacht“* (S. 85). Solche Ziele sind aber nicht nur zustimmungsfähig sondern auch sehr allgemein. Was heißt *„Einbeziehung der Betroffenen“* in der Pflege? Was stärkt *„die Position von Patientinnen und Patienten“*? Was sorgt für *„Räume und Projekte,...die von Jugendlichen selbst bestimmt organisiert werden?“* Gemessen an der bisweilen technischen Detailversessenheit bei der Beschreibung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Ziele bleibt all das in der Regel kurz, schwammig und oft auch recht konventionell. Wie heißt es im Kulturkapitel? *„Wir setzen uns ein für die Öffnung de kulturellen Einrichtungen und ermutigen auch Ehrenamtliche zur Mithilfe bei der Vermittlung von Kunst und Kultur in alle Bereiche der Gesellschaft“*(S. 188) Aber besonders fragwürdig ist, dass hier auf die Bewegungen, Gruppen, Netzwerke und Projekte, die an solchen Entwicklungen seit Jahren arbeiten, kaum Bezug genommen und stattdessen in einer Optik argumentiert wird, wo „wir“ (die grüne Partei) dem einzelnen Bürger etwas zu geben versprechen. Interessanter wäre doch, wie diese Partei mit solchen Akteuren der Bürgergesellschaft zusammenarbeiten will und was sie dabei von der Haltung anderer Parteien unterscheiden soll.

Kurz, blass und unverbindlich ist das Programm zu solchen Fragen in Sachen Bürgergesellschaft auch an anderen Stellen – etwa im Kapitel *„Im Osten was Neues“*. Hier erfährt man u.a., dass es gilt, *„authentische Erinnerungsorte (zu) erhalten“*, *„Naturschutz (zu) honorieren und naturnahe Entwicklungschancen zu nutzen“*. Über die Probleme und Entwicklungschancen von Demokratie, Engagement und Beteiligung und speziell eines lebendigen Vereinswesens speziell in diesem Teil der Bundesrepublik erfährt man darin nichts. Die an und für sich überzeugende Argumentationsperspektive von Bündnis 90/ Die Grünen als einer Bürgerrechtspartei leidet auch hier darunter dass kaum etwas darüber gesagt wird, wie die Partei auf dem Wege zu solchen Zielen die Rolle von Protagonisten der Bürgergesellschaft und ihren eigenen doppelten Bezug – zu ihnen und zur Politik in staatlichen Institutionen – definiert.

Einzelne Bemerkungen, aber kein Konzept zu einer neuen Kultur der Beteiligung

Es gibt in diesem Programm kein Konzept für eine Erneuerung der traditionellen Formen von Beteiligung und Mitbestimmung oder gar für so etwas, wie eine neue Kultur der Beteiligung. Und sieht man einmal von der Forderung nach Öffnung der Parteien und Zurückdrängung des Lobbyismus ab, so gibt es auch kein Konzept für neue Formen des Regierens und Verwaltens. Der einzige diesbezügliche Satz des Programms *“Wir setzen auf neue Kooperations- und Organisationsformen und die Entwicklung gemeinsamer Strategien“* (S. 120) wird für keinen einzigen Lebens- und Politikbereich konkretisiert. Dabei zeigt sich heute bei lokalen Netzwerken zur sozialen Stadt, neuen Kooperationsformen von freien Trägern, Initiativen, lokalen Wirtschaftsverbänden und kommunalen Verantwortlichen etwa in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, recht plastisch, wie sehr zur Realisierung neuer sozialer Ziele und Rechte auch so etwas wie ein Schub an neuen Kooperations- und Organisationsformen und eine entsprechende zivile Kultur des Engagements gehört. Das Mantra der Ausweitung von Bürgerrechten, das sich durch das grüne Programm zieht, wäre also sehr viel überzeugender, wenn Wege aufgezeigt würden, wie dafür mit vorhandenen Protagonisten zusammengearbeitet und in welcher neuen Kultur von Beteiligung es institutionalisiert werden soll.

Der Programmsatz *„Demokratie braucht bürgerschaftliches Engagement“* wird aber nicht nur in Richtung auf Fragen der politischen Beteiligung und der Stellung jener Vereine und NGOs, die für benachteiligte Interessen und innovative Konzepte eintreten, kaum konkretisiert. Es gibt auch in die andere Richtung wenig Aussagen – also in Bezug auf die alltagsnahe Ebene jenes geselligen und verbindenden Engagements, das vom Sportverein über das lokale Bürgerzentrum bis zur Nachbarschaft reicht. Während in Ländern wie England Projekte zum „community building“, zur Belebung und zum Wiederaufbau von Nachbarschaften, Vereinsbildungen und lokaler öffentlicher Räume zur Rückgewinnung vorpolitischer Bedingungen von Demokratie und Teilhabe seit langem auf der politischen Tagesordnung stehen, gibt es hierzu im grünen Programm nur ein paar Einsprengsel. Es reicht nicht, an einer einzigen Stelle des 200-seitigen Programms den Allerweltssatz fallen zu lassen, dass es gilt *“die nötige Infrastruktur in den Stadtteilen zu fördern und kleine soziale Netze aufzubauen“* (S. 119).

Das hohe Lied auf das bürgerschaftliche Engagement auf den S.162/63 des Programms wird also kaum orchestriert – weder in Hinblick auf eine neue Kultur der Beteiligung und des Regierens, noch in Hinblick auf Fragen nach angemessener Förderung zeitgemäßer Formen von Nachbarschaft, Geselligkeit, Integration und alltäglicher Unterstützung.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag mit den Bürgern oder nur Politik für die Bürger?

Über die Gründe dafür, dass im grünen Programm viel von staatlicher Politik und dem einzelnen Bürger und vergleichsweise wenig von den Bürger-Gruppen und ihrer Rolle in einer Bürger-Gesellschaft die Rede ist, kann hier nicht ausführlich spekuliert werden. Einer davon ist aber wohl, dass die Partei ihren eigenen Ansatz, nämlich Politik auf „*einen neuen Gesellschaftsvertrag*“ zu gründen, nicht wirklich zu Ende gedacht hat. Verträge handeln von Rechten, aber auch von Pflichten und zwar nicht nur auf Seiten der staatlichen Politik oder der Wirtschaft, sondern auch auf Seiten der Bürger. Es wird nun aber im grünen Programm nicht weiter thematisiert, dass Engagement auch die Bürger durchaus fordert und hier und da sicher auch als Zumutung an sie verstanden werden kann. Das aber macht einen glaubwürdigen neuen Politikansatz durchaus kompliziert. Aus mehr Rechten, auf die sich die Grünen konzentrieren, folgt nicht ohne weiteres, dass man sie auch dazu nutzt, sich um seinen Stadtteil, die jeweilige Schule, den Zustand des Stadtparks mit zu kümmern. Das Entstehen einer zivilen Kultur geteilter Mitverantwortung ist eine schwierige Sache. Und hier zieht sich durch das Programm der Grünen ein Widerspruch: Einerseits fordern sie einen neuen Vertrag, der ohne Zumutungen und neue Formen mitverantwortlicher Beteiligung von allen Seiten – auch den Bürgern und Wählern – kaum auskommen kann; andererseits formulieren sie ein Programm, das in vieler Hinsicht traditionelle Politikperspektiven bedient: Staatliche Politik und mehr grüner Einfluss darin werden es richten.

Das treffende Statement „*Ohne input kein output*“ aus dem Kapitel „*Demokratie wagen*“ des grünen Programms darf also ruhig auf dieses selbst angewandt werden. Unterm Strich ist das, was hier zu bürgerschaftlichem Engagement in Hinblick auf Fragen des sozialen Zusammenhalts, der Demokratie, des Regierens und auch der Macht festgestellt und gefordert wird, eigentümlich bescheiden, misst man es an den großen Projekten wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Art, die darin beschrieben werden: „*Die Finanzmärkte ergrünen lassen*“; „*gerechte und ökologische Mobilität*“; „*grüne Grundsicherung*“. Solche und andere revolutionäre Perspektiven zu Wirtschaft, Sozialem und Ökologie brauchen doch wohl auch einen anderen Schub an Engagement, grundlegendere und weiter greifende Perspektiven und Projekte zu Demokratie, Staat und Bürgergesellschaft, als sie in diesem Programm beschrieben werden.

Adalbert Evers ist Professor für Vergleichende Gesundheits- und Sozialpolitik an der Universität Gießen.

Kontakt: Adalbert.Evers@uni-giessen.de

Zum Wahlprogramm der FDP

„In der liberalen Bürgergesellschaft entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über die Zukunft Deutschlands. Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Engagement und der politischen Teilhabe der Menschen. Denn durch sie wird Politik gestaltet. Sie schöpft ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger.“ So lautet der zweite Absatz der Präambel zum Wahlprogramm der FDP, das der Bundesparteitag im Mai 2009 beschlossen hat. Kraftvoll und wortmächtig wird hier, wie ich meine, eine Gesellschaft skizziert, in der bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Funktion zu haben scheint. Nimmt man zu dieser Programmatik den ersten Satz des Wahlprogramms hinzu, „Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Politik“, entsteht geradezu ein Idealbild der vom Menschen her bestimmten Bürgergesellschaft, in der Staat, Markt und Zivilgesellschaft gleichrangige Arenen des gesellschaftlichen Handelns bilden. Diese Gesellschaft, „geprägt von Weltoffenheit, Toleranz und Solidarität und ... der Menschenwürde verpflichtet“ könnte den Nährboden für eine Zukunft bilden, in der eben nicht der *homo oeconomicus* und schon gar nicht die staatliche Gewalt die Definitions- und Gestaltungsmacht innehaben. „Wir setzen uns für mehr Freiheit und Verantwortung ... ein“, heißt es im dritten Absatz. Der Satz könnte die Ankündigung dafür bilden, dass dem bürgerschaftlichen Engagement, dem selbstermächtigten und selbstorganisierten Handeln für das allgemeine Wohl im nachfolgenden, fast 80-seitigen Wahlprogramm zentrale Aussagen zugeordnet werden, ja dass sie die zentrale Aussage schlechthin bilden. Inwieweit dies zutrifft, will ich im Folgenden untersuchen.

1. Der Anspruch wird weithin nicht eingelöst. Zwar werden die Menschen- und Bürgerrechte, das Fundamentalziel der Zivilgesellschaft, im Folgenden mehrfach angesprochen; in der Tat ist es gut zu wissen, welchen Rang die liberale Partei dem Kampf um Menschenrechte zumisst. Aber dass diese überhaupt nur mit einer starken Zivilgesellschaft zu erkämpfen sind, wird unterschlagen. Vergessen sind offenkundig die Kämpfe um Menschen- und Bürgerrechte, die engagierte zivilgesellschaftliche Gruppen in den Jahren vor 1989 gegen den erbitterten Widerstand der Staatsmacht in Ostdeutschland und ganz Mittel- und Osteuropa geführt und

gewonnen haben. Allein auf dem diplomatischen Parkett werden sie auch in Lhasa und Teheran nicht gewonnen werden.

2. Das Wahlprogramm umfasst nach der Präambel sechs weitere Kapitel. In drei davon ist von Bürgerengagement und Zivilgesellschaft überhaupt nicht die Rede, in zwei weiteren kaum. Von einer Querschnitts- oder gar Zentralfunktion kann insofern keine Rede sein. Zum Beispiel fehlt mir dies im Kapitel 6, wo es um „Internationale Politik für Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Welt“ geht. Sieht man davon ab, dass in Abschnitt 13 (wie schon im Kap. 3, Abschn.11), je einmal von mehr Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene die Rede ist, kommen Bürgerin und Bürger hier eigentlich gar nicht vor. Dass das Zeitalter der internationalen Kabinettpolitik schon seit einigen Jahrzehnten vorbei ist, dass die „kommunikative Macht“ der Zivilgesellschaft heute unter völliger Vernachlässigung alter Grenzen „im Modus der Belagerung“, wie Jürgen Habermas dies einmal auf den Punkt gebracht hat, wirksam und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird, findet im Wahlprogramm keinen Niederschlag. Ein Diskurs über die international operierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, auch NGOs genannt, findet nicht statt. Ihre Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bleibt unerwähnt.
3. Dass Staat und Zivilgesellschaft sich in der Entwicklung der Gesellschaft und gerade auch in der Beförderung des sozialen Wandels gelegentlich als Kontrahenten gegenüberstehen, ist ebenso wenig zu bestreiten, wie dass es in einem Wahlprogramm primär um die staatliche Arena geht. Hier herrscht Wettbewerb im Kampf um beste Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen. Doch sind beide Arenen zugleich aufeinander angewiesen, und zwar gerade nicht deswegen, weil das sich in der Zivilgesellschaft konzentrierende bürgerschaftliche Engagement eine preiswerte Humanressource im Angebot der Dienstleistungen des Staates darstellt, sondern weil es als Produzent von sozialen Gütern wie Inklusion und Integration, Respekt und Reputation, Partizipation und sozialem Kapital unverzichtbar ist, von der Wächter- und Themenanwaltsfunktion vieler Organisationen und ihrer Mitglieder einmal ganz abgesehen. Von alledem ist nirgendwo die Rede, sieht man einmal von einer kursorischen Erwähnung des Verbraucherschutzes ab.
4. Dies wird beispielsweise dort deutlich, wo es (in Kap. 4, Abschn. 2) um Bildungseinrichtungen geht. Unsere Schulen bilden, wie viele Untersuchungen zeigen, primär dazu heran, sich in Hierarchien einzuordnen. Sie sind Brutstätten der Staatsgläubigkeit, die in der Präambel des Wahlprogramms angeprangert wird. Daher müsste an dieser Stelle neben der völlig berechtigten Forderung, die priva-

ten Schulen endlich von dem abqualifizierenden Titel und Status der Ersatzschule zu befreien und sie als gleichberechtigte Schulträger zu sehen auch die Forderung stehen, alle Schulen zu Orten zu machen, an denen bürgerschaftliches Engagement vorgelebt und eingeübt wird. Jugendfreiwilligendienste, deren Ausbau im Kapitel 2, Abschnitt „Soziale Dienstleistungen marktwirtschaftlich gestalten“ zu Recht gefordert wird, sollten als das erkannt werden, was sie sind: Schulungsorte, an denen das Arbeiten für das allgemeine Wohl in allen Arenen in hervorragender Weise erfahren und erlernt werden kann. Mit der originären Handlungslogik des bürgerschaftlichen Engagements darf dies nicht, wie dort geschehen, gleichgesetzt werden.

5. Ein Feld, in dem der Staat auf die Bürger besonders hören muss, wenn das Ergebnis verträglich sein soll, ist die Stadtentwicklung, die Entwicklung des ländlichen Raums wohl ebenso. Top-Down-Modelle der Bürgerbeteiligung haben sich als untauglich erwiesen. Dort geht es um Planung, der Mensch steht eben nicht im Mittelpunkt. Wir müssen aber von der Stadtplanung zur Stadtentwicklung kommen, dabei Selbstermächtigung und Selbstorganisation ermuntern, zwischen unterschiedlichen Bürgerinteressen moderieren, damit alle Beteiligten auf gleicher Augenhöhe gemeinsam gestalten. Von alledem steht im Kapitel 5, Abschnitt 7, unter der Überschrift Stadtentwicklung nichts.
6. Immerhin ist ein kurzer Abschnitt (Kap. 3, Abschn. 6) dem bürgerschaftlichen Engagement als solchem gewidmet: „Für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Bürgerschaftliches Engagement braucht den ermöglichenden, nicht den gewährenden Staat. Ziel der FDP ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen. ... Die FDP will neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur wie Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros. Regelmäßig ehrenamtlich tätige Bürger sollen Zertifikate erhalten, diese sollen bei der Einstellung in den öffentlichen Dienst und bei Beförderung sowie in der Schule bei Zeugnissen berücksichtigt werden.“ Auch dass die Schule hier doch noch erwähnt wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier ein ganz und gar konventionelles, im Grunde überholtes Bild des Engagements beschworen wird, das nicht die innovativen Ansätze aufgreift, die es überall im Land geradezu massenweise gibt. Es bildet die politischen und gesellschaftlichen Funktionen dieses Engagements, ebenso wenig ab wie die Palette der Optionen. Wenn das, was in der Präambel steht, ernst gemeint ist, kommt es nicht so sehr auf Seniorenbüros und Zertifikate an, sondern darauf, dass die Politik Zivilgesellschaft und Engagement von der Randzone des Netten und Nützlichen in die Kernzone des Notwendigen, Wichtigen, Unverzichtbaren holt. Das ist gemeint,

wenn die Präambel sagt, die Bürgergesellschaft schöpfe ihre Kraft aus der Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Zivilgesellschaft kann das vermutlich auch allein, aber gemeinsam wäre es besser.

7. Von den wesentlichen Themen, denen sich bürgerschaftliches Engagement widmet, werden die Sozial- und der Entwicklungsthematik gar nicht darauf bezogen, der Bildungsbereich kaum. Abschnitt 16 des 3. Kapitels ist zwar dem Sport gewidmet, doch bleibt auch hier der Bezug zum bürgerschaftlichen Engagement im Konventionellen stecken: „Wir müssen das sportliche Ehrenamt stärken. Ohne den Einsatz der Freiwilligen wäre vor allem die Arbeit in den kleinen Vereinen nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die FDP unterstützt ein stärkeres Engagement von Frauen auf allen Ebenen des Sports.“ Solche Sätze stammen von alten Männern, nicht von Frauen des 21. Jahrhunderts.

Vielleicht werden manche bedauern, dass die Stiftungen nicht wie in früheren Programmen ausführlich zum Gegenstand politischer Forderungen gemacht werden. Angesichts des Erreichten in den Rahmenbedingungen braucht dies nicht allzu sehr zu verwundern. Mich verwundert eher, dass bei der Behandlung der Umweltthematik zwar viel richtiges festgestellt und gefordert, aber überhaupt kein Zusammenhang zum Engagement der Bürger hergestellt wird. Hat nicht gerade dieses, vielfach gegen erbitterten Widerstand von Markt und Staat, dazu geführt, dass Deutschland heute bei allen Defiziten in Umwelttechnologie und Umweltschutz führend ist?

Einzig das Thema Kultur (Kap. 3, Abschn. 12) ist vom Grundgedanken des Engagements tatsächlich beseelt. Woran das liegt, kann man vermuten. „Kultur von allen“ – ein Satz, der mir bekannt vorkommt – taugt jedenfalls in der Tat als Schlagwort für eine vom Bürger her bestimmte und durch Engagement geprägte Kulturszene. Von den Bürgern her bestimmt: So definiert sich in der Tat die Bürgergesellschaft.

8. Im zusammenfassenden Schlusskapitel ist von Bürgerengagement und Zivilgesellschaft gar keine Rede. Dies zeigt mir, dass die Delegierten und Mitarbeiter der FDP und nicht zuletzt die Redakteure des Textes in ihrer Mehrheit den Paradigmenwechsel noch nicht vollzogen haben, den eine liberale Partei programmatisch leichter vollziehen könnte als andere, der ihr ein Alleinstellungsmerkmal besonderer Art sichern würde und der sich am Anfang des Wahlprogramms auch ankündigt: den Wechsel zur Partei des 21. Jahrhunderts, zur Partei der Bürgergesellschaft, die nicht nur im Markt, sondern auch im allgemeinen Wohl auf „die Eigeninitiative und Kreativität ihrer Bürgerinnen und Bürger“ setzt. In den kommenden Jahren wird unsere ganze Gesellschaft den Paradigmenwechsel vollziehen müs-

sen. Sie wird sich, aufbauend auf der Kommunikation, die wir schon haben und antwortend auf die Herausforderungen der Energieversorgung, der Produktion und der Dienstleistungen, die wir meistern müssen, an den Maßstäben abarbeiten, die die neue Zivilgesellschaft und das neue Engagement setzen. Die Politik tut gut daran, diesen Weg konsequent einzuschlagen. Dazu allerdings brauchen wir eine stringente Zivilgesellschafts- und Engagementpolitik.

So ist die Präambel in der Tat das, was der Name sagt: Eine Präambel nicht nur zu einem Wahlprogramm, sondern zu einer Neujustierung von liberaler Politik; es gilt, das, was dort angekündigt ist, durchzudeklinieren. Nur dann nutzen wir die Kreativität, und nur mit dieser meistern wir die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Rupert Graf Strachwitz ist Gründer und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität Berlin und seit 1989 geschäftsführender Gesellschafter der Maecenata Management GmbH.

Kontakt: rs@maecenata.eu

Kommentar zum engagementpolitischen Inhalt des Bundestagswahlprogramms der LINKEN

Schon die Überschrift zum engagementpolitischen Abschnitt (4.6) unseres LINKEN Bundestagswahlprogramms bringt es auf den Punkt: *„Mehr auf die Bürgerin und den Bürger setzen“*.

„Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement bereichert das gesellschaftliche Leben. Darin spiegeln sich die Fähigkeiten und der Mut der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Eine demokratische Gesellschaft lebt von diesem Engagement.“

Die Menschen in unserem Land wollen das öffentliche Leben aktiv mitgestalten, sei es beim Bau von Spielplätzen, bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, in Erwerbsloseninitiativen oder durch die Unterstützung von Sportstrukturen. Bürgerschaftliches Engagement, das nicht nur das gesellschaftliche, sondern zugleich das persönliche Leben bereichert, braucht jedoch begleitend eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft, um vollends wirken zu können. DIE LINKE fordert: Mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung! Weg von der Zuschauerdemokratie hin zu einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs!

Diese Forderung zollt auch dem gestiegenen Engagement und dem wachsenden Kompetenzbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger Tribut. Wir sind der Auffassung, dass sich nur in diesem Kontext eine wirkliche Freiwilligenkultur entwickeln wird. DIE LINKE setzt sich deshalb auch weiterhin dafür ein, dass Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt, das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt sowie ein Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen eingeführt wird. Wir wollen darüber hinaus die Mitbestimmungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von Kindern, Jugendlichen, Menschen mit Behinderung sowie Seniorinnen und Senioren stärken. Demokratie kann sich unserer Meinung nach nicht in Wahlen erschöpfen. Das Grundgesetz bestimmt in Art. 20 Abs. II, dass das Volk seine Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen ausübt; diese Möglichkeiten gibt es in der Bundesrepu-

blik Deutschland aber nur auf kommunaler und Länderebene, auf Bundesebene praktisch überhaupt nicht. Die Einführung von Elementen direkter Demokratie können die politischen, sozialen und ökonomischen Mängel unserer Gesellschaft nicht beheben. Sie erweitern indessen den Einfluss der Bevölkerung auf politische Entscheidungen. Und das ist dringend notwendig.

„DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ein. Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaates missbraucht werden. Sie darf auch nicht nur eine Sache derer sein, die es sich leisten können. Für Erwerbslose und Geringverdienende, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen müssen die gleichen Teilhabemöglichkeiten gesichert werden. Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt müssen in Staat und Gesellschaft einen höheren Stellenwert bekommen.“

Bürgerschaftliches Engagement ist primär eine Bereicherung unseres Lebens um viele Facetten und Qualitäten, die von jemand anders als von der Gesellschaft, also von uns allen, gar nicht erbracht werden können. Es darf allerdings nicht ein Ersatz für Leistungen sein, die Kommunen, Länder und Staat nicht mehr erbringen können oder nicht erbringen wollen. So entwickelt sich bürgerschaftliches Engagement nach und nach zum Notbehelf im Zuge des Sozialstaatabbaus. Aus LINKER Sicht ist das die falsche Richtung. Immer mehr reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze fallen dadurch weg bzw. werden abgebaut. Diese Verdrängung ist in vielen Bereichen, beispielsweise in der Pflege oder in der Kinderbetreuung, bereits an der Tagesordnung. Prekarisierung und Verdrängung regulärer Beschäftigung dürfen jedoch nicht gefördert werden! Hier fordert DIE LINKE unter anderem, in Richtung öffentlich finanzierter Beschäftigung aktiv zu werden: Ein-Euro-Jobs müssen abgeschafft und stattdessen öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Diese müssen sozialversicherungspflichtig, freiwillig und längerfristig sein. Die Bewilligung soll für drei bis fünf Jahre erfolgen. Die Entlohnung darf nicht unterhalb eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 10 Euro liegen und sollte sich ferner an vergleichbaren Tariflöhnen orientieren.

Bürgerschaftliches Engagement muss man sich zudem auch „leisten“ können: Der Zugang zum freiwilligen Engagement würde vielen Menschen unter anderem dadurch erleichtert, wenn Unternehmen endlich einen angemessenen Mindestlohn zahlen und Bürgerinnen und Bürger in besonderen Lebenslagen – wie Erwerbslose, Sozialhilfebeziehende, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder Seniorinnen und Senioren – eine wirklich soziale Mindestsicherung erhalten würden. Auch die Informations- und Beteiligungsrechte für diese Gruppen müssen deutlich ausge-

baut werden. Migrantinnen und Migranten müssen sich leichter engagieren können, wenn sie es wollen. Denn ihre Erfahrungen und ihr Wissen sind genauso wichtig und förderlich. Hier sind konkrete Projekte vonnöten, die für Migrantinnen und Migranten unter anderem die gleichen Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte sichern.

DIE LINKE will alles in allem kein dienendes und ersetzendes Engagement, sondern Teilhabe und Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger in ihrem alltäglichen Lebensumfeld.

„Gerade weil Bürgerengagement nicht auf materiellen Gewinn gerichtet ist, muss es durch eine wirksame Anerkennungskultur gewürdigt werden. Gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement schaffen die Grundlage für den Erhalt und den Ausbau von sozialer und demokratischer Teilhabe. Das Engagement für Gesellschaft, Familie und Erwerbsleben sowie Zeit für sich selbst müssen besser miteinander vereinbar werden. Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten ist als besonderer Integrationsfaktor herauszustellen. Sie sind mit konkreten Projekten zu unterstützen.“

DIE LINKE hat zahlreiche Vorschläge für eine bessere Anerkennungskultur, unter anderem: 1. Schaffung von Öffentlichkeit für bürgerschaftliches Engagement durch regelmäßige Berichterstattung in allen Medien – insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, 2. Qualifizierung der bestehenden Webseiten zu einem bundesweiten Portal und stärkere Nutzung des Internets für Information und Beteiligung, 3. eine bessere Einstellungs„kultur“ der Behörden des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts; Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Bewerbung um Lehrstellen und Arbeitsplätzen, 4. Gewährung von Sonderurlaub für bürgerschaftlich Engagierte, 5. Anerkennung der Weiterbildung von bürgerschaftlich Engagierten als Bildungsurlaub und bei Erwerbslosen Nichtanrechnung der dafür aufgewendeten Zeit auf den Drei-Wochen-Urlaubsanspruch, 6. Angebot kostenloser Qualifikations- und Fortbildungskurse.

Die Rahmenbedingungen betreffend muss für bürgerschaftlich Engagierte zum Beispiel ein transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Zuwendungen geschaffen und der Versicherungsschutz weiter ausgebaut werden. Freiwillig Engagierte sollten, was den Themenkomplex „Monetarisierung“ betrifft, zumindest ihre tatsächlichen Aufwendungen erstattet oder eine pauschale Aufwandsentschädigung als direkte Zuwendung erhalten. Der Übungsleiterpauschbetrag ist in seinem Anwendungsbereich auszuweiten. Von rein steuerlichen Entlastungen, wie im „Ge-

setz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ (Drs. 16/5200) vorgenommen, profitieren weder Ehrenamtliche, die überhaupt keine Entschädigungen erhalten, sondern ausschließlich Kosten haben, noch freiwillig Engagierte, die keine oder nur wenige Steuern zahlen (müssen), wie Erwerblose, Rentnerinnen und Rentner oder Studierende.

Abschließend fordern wir, stark verkürzt, in unserem Bundestagswahlprogramm:

- *rechtliche, finanzielle, versicherungstechnische und infrastrukturelle Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit verbessern;*
- *Aufwendungen für bürgerschaftliches Engagement bzw. pauschale Aufwandsentschädigung als direkte Zuwendung erstatten und nicht auf staatliche Leistungen anrechnen;*
- *Möglichkeiten zum Erproben und zur kostenlosen Fortbildung der Freiwilligen in unterschiedlichen Engagementfeldern fördern.*

Sicherlich kann man diese drei Forderungen noch um einige weitere ergänzen, aber ein Wahlprogramm bietet nur begrenzten Raum und muss viele Politikfelder vereinen. Weitere Forderungen finden sich beispielsweise im Antrag „Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Drs. 16/5245.

Elke Reinke MdB wurde 2005 für DIE LINKE in den Deutschen Bundestag gewählt und ist u.a. Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: elke.reinke@bundestag.de